

Beschluss des Landrats vom 17.10.2019

Nr. 200

36. Das Potential früher Sprachbildung – der Schlüssel zur Integration 2019/551; Protokoll: mko

Landratspräsident **Peter Riebli** (SVP) informiert, dass der Regierungsrat das Postulat entgegennehme.

«Das Potential früher Sprachbildung – der Schlüssel zur Integration» hört sich für **Jürg Vogt** (FDP) ja ganz gut an. Die FDP-Fraktion ist damit auch einverstanden. Nur sieht sie den Weg dazu anders. Im Wissen, dass bereits zwei Vorstösse dazu überwiesen wurden, wird von der Regierung die Durchführung dargelegt. Im Postulat werden finanzielle Mittel gefordert. Aber gerade dazu sagt seine Fraktion Nein. Die Finanzierung soll nicht Sache des Kantons sein, sondern sollen die Gemeinden über die Möglichkeit verfügen, dies bei Bedarf einzuführen. In dem Fall sollen sie es auch selber finanzieren müssen.

Miriam Locher (SP) bedankt sich für den Vorstoss und gibt die Unterstützung der SP-Fraktion bekannt. Ihre Partei hat selber schon einige Vorstösse in diesem Bereich gemacht, obschon nicht immer damit Erfolg gehabt. Sie erachtet es als sehr wichtig, dass die Gemeinden in diesem Bereich tätig sind. Deshalb ist es gut und wichtig, dass der Kanton sich einbringt, dass er Anreize schafft und sich überlegt, wie er die Gemeinden dabei unterstützen kann, damit die Frühsprachförderung als Schlüssel zur Integration auch längerfristig praktiziert werden kann.

Anita Biedert (SVP) sagt, dass die SVP-Fraktion angesichts der Tatsache, dass zwei Vorstösse bereits in Bearbeitung sind, einer Überweisung als Postulat zustimmen. Obschon dabei nichts Neues herauskommen wird. Zu betonen sei noch, dass die SVP gute Deutschkenntnisse ebenfalls als sehr wichtig erachtet.

Béatrix von Sury d'Aspremont (CVP) nimmt mit Freude zur Kenntnis, dass der Regierungsrat das Postulat entgegennehmen möchte. Es sei daran zu erinnern, dass gestern im Ständerat eine Motion zum Thema Frühsprachenförderung überwiesen wurde. Hier geht es nun nicht nur um die Frühsprachenförderung von Kindern, für die Deutsch Zweitsprache ist, sondern auch um die Förderung deutschsprachiger Kinder. Auch sie brauchen eine Chancengleichheit, damit spätere Folgekosten vermieden werden können. Viele Kinder wachsen heute mit elektronischen Geräten auf, sind nur noch mit dem Handy beschäftigt oder hocken vor dem Fernseher, während die deutsche Sprache in der Kinderbetreuung leider in vielen Fällen nachgelassen hat. Auch gibt es viele bildungsferne Familien, bei denen nicht viel Wert auf die Sprache gelegt wird. Deshalb ist es umso wichtiger, sehr früh einzuhaken. Die Gemeinden alleine können das nicht leisten, zumindest nicht alle. Es sollte aber nicht der Wohnsitz darüber entscheiden, ob Förderung stattfindet oder nicht. Deshalb ist es jetzt wichtig, dass man sich überlegt, wie man die Gemeinden unterstützen kann – sei es mit einer Anschubfinanzierung oder mit anderen Möglichkeiten. Sprache heisst Beziehung. Diese kann man nur herstellen, sofern man mit den Kindern spricht. Und umgekehrt. In einer nationalen Überprüfung der Grundkompetenzen konnte das schlechte Abschneiden der Schülerinnen und Schüler bezüglich Sprachverständnis festgestellt werden. Mit anderen Worten: Kinder müssen frühzeitig lernen, sich auszudrücken, sie müssen auch lesen und verstehen können, was man ihnen sagt und was von ihnen verlangt wird. Aus diesem Grund müssen alle Bereiche einbezogen werden: Spielgruppen, Kitas, die Eltern, die Ärzte. Dazu muss man Geld in die

Hand nehmen, was aber als Nutzen später volkswirtschaftlich um ein Vielfaches wieder zurückkommen wird.

Ermando Imondi (SVP) schliesst sich, als Träger des Gemeindehuts, seiner Vorrednerin an. Es ist wichtig, dass die Kinder früh in ihrer Sprachkompetenz gefördert werden. Wichtig ist es auch angesichts all dessen, was diesbezüglich (z.B. in Form von DaZ) auf die Gemeinden zukommt, was am Schluss über die Steuern bezahlt werden muss. Der Vorstoss kann auf jeden Fall verhindern, dass die Kosten für die Gemeinden noch grösser werden.

Anna-Tina Groelly (Grüne) ist, wie auch die Grüne/EVP-Fraktion, dankbar für den Vorstoss. Es ist sehr wichtig, dass Kinder früh in deutscher Sprache gefördert werden. Gerade wenn sie noch jung sind, lernen sie sehr schnell und sind offen dafür. Auch ist der Fraktion die Chancengleichheit sehr wichtig. Sie wird den Vorstoss deshalb unterstützen.

Christof Hiltmann (FDP) versteht nicht ganz, was bei der SVP zum Meinungsumschwung geführt hat. Die FDP-Fraktion kann zwar nachvollziehen, dass ein Auftrag in Prüfung ist, dass eine gesetzliche Grundlage für ein selektives Obligatorium geschaffen wird, das die Gemeinden aussprechen können. Der springende Punkt ist, dass mit dem DaZ-Thema primär die Gemeinden betroffen sind. Und dort wäre es auch am richtigen Ort angesiedelt. Es wäre nun ein Systembruch, wenn plötzlich der Kanton Einfluss nehmen und Anschubfinanzierungen sprechen würde – bei einem Thema, das einzig und alleine die Gemeinden zu verantworten haben. Liestal z.B. hat ein Modell mit Früheinschulung und lässt danach quasi keine DaZ-Zählungen mehr zu. Die Gemeinden kann dies finanziell ungemein entlasten. Entsprechend ist es auch logisch, dass die Gemeinden in Vorfinanzierung gehen. Der Votant versteht nicht, wo hier die Rolle des Kantons liegen soll, insbesondere weil die Gegebenheiten in den Gemeinden ganz unterschiedlich sind.

Die FDP-Fraktion wehrt sich gegen eine Einmischung des Kantons, steht aber klar hinter dem selektiven Obligatorium, welches sie als ein geeignetes Mittel erachtet, um die Thematik der sprachlichen Frühförderung und Integration fremdsprachiger Kinder in die richtigen Bahnen zu lenken. Nebst dem Aspekt, dass es auch finanziell für die Gemeinden richtig ist. Denn heute sind gewisse Gemeinden aufgrund der DaZ-Zählungen enorm belastet. Man sollte also auf die Gesetzesvorlage warten, statt den Kanton mit der Finanzierung zu beauftragen.

Caroline Mall (SVP) bedankt sich für das Postulat, das zu den beiden anderen Postulaten, die in Bearbeitung sind, hinzukomme. Was Basel-Stadt bereits umgesetzt hat, lässt sich im Kanton Baselland mit seinen 86 Gemeinden nicht so einfach umsetzen. Ein Obligatorium wäre eigentlich die feudalste Lösung, obwohl sich die Votantin nicht grundsätzlich für eine solche Lösung aussprechen möchte. In einer Thematik sind sich aber alle einig: Die Gemeinden leiden sehr unter der finanziellen Belastung. Es wäre gut, zu wissen, dass man sich für die frühe Sprachförderung einsetzt, denn das Beherrschen der Sprache ist der Pass für eine gute Ausbildung, für weniger Unterstützungsmassnahmen in der Schule, angefangen beim Kindergarten. Insofern wäre es der Votantin sehr lieb, wenn die Vorlage so daherkäme, dass man sicher sein kann, dass die Betroffenen das Angebot auch wirklich schätzen und die Integration schnell vonstattengehen kann. Es darf nicht sein, dass doppelt Geld ausgegeben wird – indem man alles anbietet, dieses aber nicht genutzt wird. Deshalb wäre der Einbau eines verpflichtenden Charakters in die Vorlage durchaus sinnvoll.

Eine Herausforderung bei der Erarbeitung der gesetzlichen Grundlage sieht **Anita Biedert** (SVP) auch bei der Problematik der Rekrutierung gegeben. Mit anderen Worten: Es können nicht alle Kinder erfasst werden, weil nicht alle in eine Kita gehen oder fremdbetreut werden. Zum anderen wäre es ihr wichtig, dass die Erziehungsberechtigten im Verlauf des Prozesses eingebunden wer-

den könnten. Es nützt nichts, wenn die Kinder Deutschunterricht haben und, kaum sind sie wieder zu Hause, sie wieder in ihrer Muttersprache kommunizieren. Die Eltern müssen verpflichtend eingebunden werden, sei es, dass sie Deutschkurse besuchen müssen oder was auch immer. Ergänzend anfügen möchte sie noch, dass nebst dem Deutschunterricht als Zweitsprache noch die Möglichkeit eines Förderunterrichts besteht für jene Kinder, die zuhause bereits Deutsch sprechen.

Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) bestätigt, dass die frühe Sprachförderung ein wichtiger Schlüssel für die Integration und Chancengerechtigkeit ist. Sie ist deshalb sehr froh, dass man sich über deren Notwendigkeit einig ist. Es wurden bereits verschiedene Vorstösse vom Landrat überwiesen, weshalb man in Zusammenhang mit einem VAGS-Projekt die frühe Sprachförderung überprüfen werde. Die im Postulat erwähnten Forderungen werden dabei aufgenommen und entsprechend integriert. Dies bedeutet keinen grossen Mehraufwand und ist dort gut untergebracht. Die Gemeinden sitzen an einem Tisch und schauen gemeinsam, wie sich die frühe Sprachförderung am besten organisieren lässt, damit sie am Schluss die grösste Wirkung erzielt. Die Regierung ist deshalb gerne bereit, den Vorstoss entgegen zu nehmen.

://: Mit 62:16 Stimmen wird das Postulat überwiesen.
